



Wesentliche Bestimmungen aus den relevanten Rechtsgebieten

Inhalt

- Berufsbildungsgesetz
- Arbeitsschutzgesetz
- Bundeselterngesetz
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
- Kündigungsschutzgesetz
- Jugendarbeitsschutzgesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- Arbeitszeitgesetz
- Betriebsverfassungsgesetz
- Betriebsvereinbarungen
- Sozialversicherung
- Lohnsteuer
- Mutterschutzgesetz
- Schwerbehindertengesetz
- Arbeitssicherheitsgesetz
- Betriebssicherheitsverordnung
- Unfallverhütungsvorschriften
- Berufsgenossenschaften
- Arbeitsplatzergonomie
- Gewerbeaufsicht

Berufsbildungsgesetz (BBiG)

Regelt:

- Die Berufsausbildung in Deutschland (Rechte und Pflichten von Auszubildenden und Ausbildenden)

Wesentliche Inhalte:

- Abschluss eines **Ausbildungsvertrags** (§ 10 BBiG)
- **Pflichten des Ausbildenden:** Ausbildungspflicht, Vergütung, Fürsorge, Zeugnis (§§ 14–16)
- **Pflichten des Auszubildenden:** Lernpflicht, Sorgfaltspflicht, Schweigepflicht (§ 13)
- **Probezeit:** mind. 1, max. 4 Monate (§ 20)
- **Kündigung:** während der Probezeit jederzeit, danach nur aus wichtigem Grund oder durch den Azubi mit Frist (§ 22)
- **Prüfungsregelungen** durch IHK (§§ 37–50)

Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG)

Regelt:

- Schutz der Beschäftigten vor Gefahren für Leben und Gesundheit bei der Arbeit

Wesentliche Inhalte:

- **Pflichten des Arbeitgebers:** Gefährdungsbeurteilung, Schutzmaßnahmen, Unterweisungen (§§ 3–12)
- **Pflichten der Beschäftigten:** Mitwirkungspflicht (§ 15)

Ziel:

- Vermeidung von Arbeitsunfällen, Gesundheitsgefahren und psychischer Belastung

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Regelt:

- Anspruch auf Elternzeit und Elterngeld für Mütter und Väter

Wesentliche Inhalte:

- **Elternzeit:** bis zu 3 Jahre pro Kind (§ 15)
- **Elterngeld:** Ersatz für wegfallendes Einkommen (65–67 % des Nettoeinkommens, mind. 300 €, max. 1.800 €)
- **Kündigungsschutz** während der Elternzeit (§ 18)

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Regelt:

- Verbot der Diskriminierung im Arbeitsleben

Wesentliche Inhalte:

- **Diskriminierungsverbote:** wegen Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität (§ 1)
- **Arbeitgeberpflicht:** Schutzmaßnahmen und Beschwerdestellen (§ 12–13)
- **Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz (§ 15)**

Kündigungsschutzgesetz (KSchG)

Regelt:

- Schutz vor sozial ungerechtfertigter Kündigung

Wesentliche Inhalte:

- Gilt nach 6 Monaten Beschäftigung in Betrieben mit >10 Mitarbeitern (§ 1)
- Kündigung muss **sozial gerechtfertigt** sein:
 - personenbedingt
 - verhaltensbedingt oder
 - betriebsbedingt (§ 1)
- **Anhörung des Betriebsrats (§ 102 BetrVG)** ist Pflicht

Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)

Regelt:

- Arbeitszeiten, Pausen und Beschäftigungsbedingungen für Jugendliche (<18 Jahre)

Wesentliche Inhalte:

- **Arbeitszeit:** max. 8 h/Tag, 40 h/Woche (§ 8)
- **Ruhepausen:** mind. 30 Min. bei >4,5 h; 60 Min. bei >6 h (§ 11)
- **Ruhezeit:** mind. 12 h (§ 13)
- **Verbotene Arbeiten:** gefährliche, gesundheitsgefährdende Tätigkeiten (§ 22)
- **Samstags-/Sonntagsarbeit:** nur mit Ausnahmen (§§ 16–17)

Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV)

Regelt:

- Mindestanforderungen an Sicherheit und Gesundheitsschutz in Arbeitsräumen

Wesentliche Inhalte:

- **Beleuchtung, Belüftung, Raumgröße, Fluchtwege** (§§ 3–4)
- **Gefährdungsbeurteilung** nach ArbSchG
- **Unterweisungspflicht** (§ 6)

Arbeitszeitgesetz (ArbZG)

Regelt:

- Zulässige Arbeitszeiten und Ruhezeiten

Wesentliche Inhalte:

- **Arbeitszeit:** max. 8 Std./Tag, kann auf 10 Std. verlängert werden (§ 3)
- **Ruhepausen:** mind. 30 Min. bei >6 Std., 45 Min. bei >9 Std. (§ 4)
- **Ruhezeit:** mind. 11 Std. (§ 5)
- **Sonntagsarbeit:** grundsätzlich verboten, Ausnahmen möglich (§ 9)

Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)

Regelt:

- Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb

Wesentliche Inhalte:

- **Betriebsrat:** Wahl, Rechte und Pflichten (§§ 7–40)
- **Mitbestimmung:** in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten (§§ 80–113)
- **Anhörung vor Kündigung (§ 102)**

Betriebsvereinbarungen

Regelt:

- Absprachen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat

Wesentliche Inhalte:

- Gilt für alle Beschäftigten des Betriebs (§ 77 BetrVG)
- Typische Themen:
 - Arbeitszeitregelungen
 - Urlaubsplanung
 - Beurteilungsverfahren
 - Homeoffice-Regelungen

Sozialversicherung

Regelt:

- Pflichtversicherungssystem zur sozialen Absicherung der Arbeitnehmer

Wesentliche Inhalte:

- **Zweige:**
 - Krankenversicherung
 - Pflegeversicherung
 - Rentenversicherung
 - Arbeitslosenversicherung
 - Unfallversicherung
- **Beiträge:** je 50 % Arbeitnehmer / Arbeitgeber (außer Unfallversicherung: AG trägt allein)

Lohnsteuer

Regelt:

- Besteuerung des Arbeitslohns nach Einkommensteuergesetz

Wesentliche Inhalte:

- **Arbeitgeber** führt Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag, ggf. Kirchensteuer ab.
- Grundlage: **Lohnsteuerklasse** und **Steuer-ID**
- **Progressiver Steuertarif**

Mutterschutzgesetz (MuSchG)

Regelt:

- Schutz von werdenden und stillenden Müttern am Arbeitsplatz

Wesentliche Inhalte:

- **Beschäftigungsverbot:** 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt (§ 3)
- **Kündigungsschutz:** während Schwangerschaft und 4 Monate nach Entbindung (§ 17)
- **Mutterschutzlohn/-geld (§§ 18–20)**
- **Gefährdungsbeurteilung** durch Arbeitgeber (§ 10)

Schwerbehindertenrecht (SGB IX)

Regelt:

- Integration und Schutz schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben

Wesentliche Inhalte:

- **Schwerbehindert:** ab einem Grad der Behinderung (GdB) von 50 (§ 2)
- **Besonderer Kündigungsschutz (§ 168)**
- **Pflichtquote:** 5 % der Arbeitsplätze für Schwerbehinderte (§ 154)
- **Zusatzurlaub:** 5 Tage (§ 208)

Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG)

Regelt:

- Einsatz und Aufgaben von Fachkräften für Arbeitssicherheit und Betriebsärzten im Unternehmen

Wesentliche Inhalte:

- Arbeitgeber müssen **Betriebsärzte** und **Sicherheitsfachkräfte** bestellen
- Unterstützung des Arbeitgebers bei Unfallverhütung, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsplatzgestaltung
- Beratung bei der Einführung neuer Arbeitsverfahren, Arbeitsmittel und Stoffe

Ziel:

- Sicherstellung fachlicher Unterstützung für wirksamen Arbeitsschutz

Betriebsicherheitsverordnung (BetrSichV)

Regelt:

- Bereitstellung und Nutzung von Arbeitsmitteln, Geräten und Maschinen

Wesentliche Inhalte:

- Arbeitgeber müssen Arbeitsmittel regelmäßig prüfen lassen
- Sicherheitskennzeichnung, Betriebsanweisungen und Schulungen
- Regelungen zu überwachungsbedürftigen Anlagen (z. B. Aufzüge, Druckbehälter)
- Dokumentationspflicht über Prüfungen und Instandhaltungen

Ziel:

- Vermeidung von Unfällen durch fehlerhafte oder unsichere Arbeitsmittel

Unfallverhütungsvorschriften (UVV)

Regelt:

- Verbindliche Vorschriften der Berufsgenossenschaften zur Unfallverhütung im Betrieb

Wesentliche Inhalte:

- Prävention von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten
- Pflichten des Arbeitgebers: Unterweisung, Sicherheitsmaßnahmen, Schutzkleidung
- Pflichten der Beschäftigten: Mitwirkung, Meldepflicht bei Gefahr oder Unfall
- Regelmäßige Sicherheitsunterweisungen und Gefährdungsbeurteilungen

Ziel:

- Reduzierung von Arbeitsunfällen durch klar definierte Sicherheitsstandards

Berufsgenossenschaften (BG)

Regelt:

- Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
- Zuständig für Unfallverhütung, Rehabilitation und Entschädigung
- Erarbeitung von Unfallverhütungsvorschriften (UVV)
- Schulungen, Beratung und Sicherheitsprüfungen in Betrieben
- Zahlung von Leistungen bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit

Beispiele:

- BG Bau
- VBG (Verwaltungs-Berufsgenossenschaft)

Ziel:

- Sicherung und Wiederherstellung der Gesundheit von Beschäftigten

Arbeitsplatzergonomie

Regelt:

- Gestaltung von Arbeitsplätzen nach ergonomischen Prinzipien, um körperliche und psychische Belastungen zu reduzieren

Wesentliche Inhalte:

- Anpassung des Arbeitsplatzes an den Menschen (nicht umgekehrt)
- Höhenverstellbare Tische, anpassbare Sitzgelegenheiten
- Ausreichende Beleuchtung und Raumtemperatur
- Vermeidung einseitiger Belastung durch Abwechslung und Bewegung
- Psychische Gesundheit: Pausen, Arbeitsorganisation, Lärm- und Stressvermeidung

Ziel:

- Gesundheitsfördernde, sichere und produktive Arbeitsbedingungen

Bildschirmarbeitsplatzverordnung

durch ArbStättV integriert, ehemals eigenständig

Regelt:

- Schutz von Beschäftigten an Bildschirmarbeitsplätzen

Wesentliche Inhalte:

- Gestaltung von Bildschirm, Tastatur, Arbeitstisch, Beleuchtung
- Vermeidung von Blendung, Flimmern und Reflexion
- Pflicht zu regelmäßigen Pausen oder Tätigkeitswechseln
- Anspruch auf regelmäßige Augenuntersuchungen
- Bereitstellung ergonomischer Hilfsmittel (z. B. höhenverstellbare Stühle, Handgelenkauflagen)

Ziel:

- Schutz der Augen, Muskeln und des Bewegungsapparats sowie Reduktion psychischer Belastungen.

Aufsichtsbehörde für Arbeitsschutz (Gewerbeaufsicht)

Regelt:

- Überwachung der Einhaltung von Arbeitsschutzgesetzen und Vorschriften

Wesentliche Inhalte:

- Durchführung von Betriebsbegehungen und Sicherheitsprüfungen
- Beratung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern
- Kontrolle von Unfallverhütung, Gefahrstoffen, Arbeitszeit, Jugendschutz
- Zusammenarbeit mit Berufsgenossenschaften und Unfallkassen

Ziel:

- Schutz der Beschäftigten durch staatliche Aufsicht und Prävention von Gefahren